

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Erfakasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Postgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Wesenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 M , für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Kameraden! Stärkt und festigt unsern Zentralverband! Werbt ständig neue Mitglieder!

Unsere Lohnbewegung im Jahre 1925.

Jede Lohnbewegung hat ihre besondere Note. Maßgebend dafür sind entweder die wirtschaftliche Situation oder politische Vorgänge, oder beides. Dafür ist die Lohnbewegung 1925 ein typisches Beispiel. Sie wurde eingeleitet mit Verhandlungen über den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für das Baugewerbe. In einer unverbindlichen Aussprache mit einem Vertreter des Reichsarbeitsministers am 20. Januar 1925 wurde von den Arbeitervertretern zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Unternehmer bei ihrem bisherigen Standpunkt beharrten, die Arbeitszeit über 8 Stunden den Tag oder 48 Stunden die Woche hinaus zu verlängern, Verhandlungen zwecklos seien. Ließen die am 20. Februar stattgefundenen Verhandlungen die Hoffnung aufkommen, daß über die Arbeitszeit eine Verständigung möglich sei, so ergaben die weiteren Verhandlungen am 2. März, daß die Unternehmer in dieser Frage wieder ihren alten Standpunkt vertraten. Dadurch wurde der Abschluß eines Tarifvertrages für das Baugewerbe verhindert.

Obwohl ein Reichsarbeitsvertrag nicht zustande gekommen ist, wurde in den verschiedenen Gebieten, die unter bezirklichen Tarifen gestanden hatten, zum großen Teil nach dem alten Recht gehandelt. In einzelnen Tarifgebieten ist freilich nicht viel davon übriggeblieben, immerhin aber haben sich die Parteien damit geholfen. Am Schlusse des Jahres 1925 bestanden Tarifverträge nur noch für die Bezirke Bayern, Württemberg und Oppeln, außerdem Arbeitsabkommen für die Bezirke Schleswig-Holstein-Hamburg und Görlich.

Wie im Jahre 1924 stand auch 1925 die Erhaltung des Achtstundentages im Vordergrund der Bewegung. Hinzu kam, nachdem Aussicht auf das Zustandekommen eines Tarifvertrages nicht mehr vorhanden war, die Zurückeroberung alter Tarifrechte, voran die Wiedererlangung von Ferien, die Regelung der Lehrlingslöhne und ferner eine möglichst schnelle Erhöhung der Löhne bei kurzfristigen Abkommen. So war die Grundeinstellung in fast allen Tarifstellen.

Im schroffen Gegensatz dazu stand die Einstellung der Unternehmer. Die Reichstagswahl im Dezember 1924, die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, sie legten Zeugnis ab von der Erstarkung der Reaktion. Die politische Macht des Unternehmertums war im Wachsen begriffen und damit stieg ihr wirtschaftlicher Einfluß. In zahlreichen Zweigen der Industrie war der Achtstundentag erheblich überschritten, die Stunden- und Akkordlöhne waren ganz bedeutend herabgedrückt worden.

Günstiger lagen die Verhältnisse im Baugewerbe. Die Arbeiter des Baugewerbes hatten trotz allen, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse verschuldeten Druckes den Achtstundentag gehalten und die Löhne steigern können; sie waren führend im Kampfe um den Achtstundentag. Diese Stellung der Arbeiter des Baugewerbes wollten die Industriellen brechen; die Bauunternehmer leisteten dabei hilfswillige Hand. Es wurde das Schlagwort von den hohen Löhnen der Bauarbeiter geprägt und die Ansicht propagiert, daß das Baugewerbe nur gefunden könne, wenn diese hohen Löhne abgebaut würden. So eingestellt, wagte das Unternehmertum unsern Forderungen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, so daß es im Sommer 1925 zu einem Großkampf im Baugewerbe kam. In der Woche vom 12. bis 18. Juli erreichte er seinen höchsten Stand. 17 697 Kameraden standen im Kampfe.

An den Lohnbewegungen waren alle Tarifstellen, viele wiederholt beteiligt. Die bezirklichen Verhandlungen führten nur noch selten zu einem annehmbaren Ergebnis. Streiks und Aussperrungen folgten. Beide Parteien waren mit allen Mitteln bestrebt, den Sieg an ihre Fahne zu heften. Am Ende konzentrierten sich die Kämpfe auf die Provinz Sachsen, Freistaat Sachsen, Mecklenburg, Groß-Berlin, Rassel und Baden. In allen diesen Kampfgebieten ist versucht worden, teils mit Zuhilfenahme der staatlichen Schlichtungsinstanzen,

auf dem Wege der Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen. Erfolg haben diese Verhandlungen nicht gehabt. Die Schlichtungsinstanzen lehnten es ab, entscheidend einzugreifen, sie leiteten nur die Verhandlungen.

Diese Haltung der Schlichtungsinstanzen fand ihre Erklärung, nachdem im Reichsarbeitsministerium der Standpunkt vertreten worden war, die Parteien müßten sich abkämpfen; ein Eingreifen als Schlichter erscheine nicht erwünscht. Bezirkliche Verhandlungen brachten die Bewegung nicht vorwärts. Immer größer wurde die Zahl der Arbeiter, die durch die Kämpfe im Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen wurden. Hinzu kam, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschlossen hatte, die Aussperrung auch auf andere Gebiete auszudehnen. Die Durchführung dieses Beschlusses würde auch unsererseits neue Kampfhandlungen zur Folge gehabt haben. In dieser Situation griff das Arbeitsministerium ein. Am 10. August fanden Verhandlungen statt, in denen vereinbart wurde, daß vom 12. August ab und die folgenden Tage eine Schlichtungsstelle über die bezirklichen Lohnstreitigkeiten entscheiden sollte. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der von allen an der Lohnbewegung beteiligten Tarifstellen abgelehnt wurde. Am 27. August kamen die Parteien erneut im Reichsarbeitsministerium zusammen. Der am 12. August gefällte Schiedsspruch wurde, was die Lohnhöhe anbelangt, verbessert, im übrigen aber aufrechterhalten. Damit war die Bewegung in den großen Kampfgebieten beendet.

In Ostpreußen setzte die Bewegung hierauf ein, sie wurde erst Mitte Oktober abgeschlossen. In Rheinland-Westfalen eröffneten die Unternehmer den Kampf. Sie forderten Lohnabbau. Diese Bewegungen und alle weiteren sind durch die zentrale Schlichtungsstelle beendet worden. Die großen Lohnbewegungen und Lohnkämpfe hatten auf beiden Seiten ihre Wirkung nicht verfehlt. Hinzu kam eine sichtbare Verschlechterung des Baumarktes. Die bisher getroffenen Lohnabkommen hatten in der Mehrheit Gültigkeit bis 30. November, für die folgende Zeit hatten die Parteien Handlungsfreiheit. Ausnutzen können hätte sie wohl keine Partei; es kam daher am 26. November zu einer Vereinbarung, wonach die bestehenden Lohn- und Arbeitsabkommen bis 31. März 1926 verlängert wurden.

Was war das Ergebnis der Lohnbewegungen im Jahre 1925?

Im Baugewerbe ist der Achtstundentag, die 48-Stunden-Woche gehalten worden. Die folgende Zusammenstellung zeigt das:

Wochenarbeitszeit	1925		1924	
	Mitglieder	In Proz.	Mitglieder	In Proz.
Unter 48 Stunden ...	15 558	18,80	12 850	16,41
48 Stunden	61 130	74,15	58 766	75,04
Über 48 Stunden ...	5 837	7,05	6 697	8,55

Lohnhöhungen sind im Jahre 1925 in 1273 Lohngebieten mit 82 698 Mitgliedern (ohne Lehrlinge) erfolgt. Die Erhöhung der Stundenlöhne schwankt zwischen 2 und 46 %; sie beträgt im Durchschnitt 26,27 %. Im Saargebiet ist der Lohn um 1,50 Frank, in Danzig um 13 Guldenpfennig erhöht worden.

Mit Ausnahme von Danzig und dem Saargebiet war die Lohnhöhung (von 5 zu 5 % gestaffelt) folgende:

Lohnhöhung	Lohngeb.	Mitglieder	Lohnhöhung	Lohngeb.	Mitglieder
bis 5 % ...	4	64	bis 30 % ..	323	28 750
" 10 " ...	14	194	" 35 " ..	148	16 581
" 15 " ...	95	2 355	" 40 " ..	42	2 768
" 20 " ...	262	10 567	" 45 " ..	4	236
" 25 " ...	372	19 853	Über 45 " ..	1	8

Der Stundenlohn schwankte zwischen 50 und 130 M . Der niedrigste Lohn von 50 M wurde in Gr.-Wülten und Palmniden gezahlt; in beiden Fällen arbeiteten unsere Kameraden als Zimmerer im Bergbau. Der DurchschnittsStundenlohn betrug im Jahre 1925 102,38 M , während er in den Vorjahren und zwar 1924 = 72,24 M , 1923 = 59,60 M , 1914 = 61,20 und 1913 = 59,60 M betrug.

Den Stand der Stundenlöhne, Anzahl der Lohngebiete und der Verbandsmitglieder, für die sie gelten, am Schlusse des Jahres 1925, zeigt folgende Zusammenstellung. Die Stundenlöhne sind in Gruppen von 5 zu 5 M zusammengezogen.

Stundenlohn	Lohngeb.	Mitglieder	Stundenlohn	Lohngeb.	Mitglieder
50 M	2	22	91 bis 95 M	165	7 788
51 bis 55 M ...	1	18	96 " 100 "	131	8 254
56 " 55 " ...	8	130	101 " 105 "	129	8 846
61 " 65 " ...	4	71	106 " 110 "	107	8 921
66 " 70 " ...	27	356	111 " 115 "	71	14 466
71 " 75 " ...	88	2 645	116 " 120 "	38	5 186
76 " 80 " ...	179	5 653	121 " 125 "	1	10
81 " 85 " ...	113	3 382	126 " 130 "	17	8 238
86 " 90 " ...	177	7 448			

In Danzig betrug der Stundenlohn 1,40 bis 1,44 Gulden und im Saargebiet 3,40 Frank.

Unser Jahrbuch 1925.

Schon der Verbandstag in Wernigerode 1922 hatte dem Zentralvorstand die Herausgabe eines Jahrbuches anheimgegeben. Leider konnte der Plan, das Jahrbuch schon 1923 erscheinen zu lassen, nicht verwirklicht werden, weil der Verband wie alle andern Gewerkschaften unter der eintretenden Geldentwertung stark zu leiden hatte. Erst 1925 konnte zum ersten Male ein Jahrbuch für 1924 herausgegeben werden, dem vor kurzem auch das zweite Jahrbuch für 1925 folgte. Die Jahrbücher werden inzwischen in den Besitz des Jahrbuches gelangt sein. Es ist etwas umfangreicher geworden als das Jahrbuch 1924 und stellt sich eingehend die Tätigkeit unseres Verbandes auf den verschiedensten Gebieten dar. Aber nicht nur die rein organisatorische und agitatorische Tätigkeit des Verbandes, die Lohnbewegungen und ihre Erfolge, werden in diesem 160 Seiten starken Werk behandelt, auch die Vorgänge im Wirtschaftsleben werden in einem besonderen Abschnitt eingehend beleuchtet. Gerade der wirtschaftliche Teil stellt eine wertvolle Zusammenstellung von Material dar, in das sich jeder Funktionär unseres Verbandes vertiefen mußte. Jeder einzelne Faktor, der im Wirtschaftsleben eine Rolle spielt und von Bedeutung ist, wird in dem Bericht kritisch unter die Lupe genommen. Die Wirtschaftslage wird in allen Einzelheiten zerpfückt. Der Geldmarkt mit allen seinen Nebenzweigen nebst einer Uebersicht über alle Einzelheiten des Geld- und Bankgeschäftes, des Kredit- und Hypothekenswesens seit Beginn der Stabilisierung werden an Hand von Tabellen erläutert. Ein besonders wichtiges Kapitel gibt die Bewegung der Preise auf allen Gebieten wieder. Alle deutschen Indexzahlen werden getrennt nach Monaten und Bedarfsgruppen aufgeführt. Auch die für unsere Funktionäre so wichtige Bewegung der Baustoffpreise und der Baukosten werden spezialisiert und getrennt nach Monaten wiedergegeben. Gerade das so wichtige Gebiet der Preisbewegung dürfte von besonderem Interesse sein und kann bei Verhandlungen mit den Unternehmern wertvolle Hilfe bieten.

Sehr ausführlich werden die mit zu den Ursachen der Wirtschaftskrise zählenden gewaltigen Aufblähungen unseres Produktionsapparates behandelt. Der Umfang der in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen Gesellschaften, die jede Preisentfaltung verhindern und der Warenverwertung die Wege ebneten, werden eingehend geschildert. In dem Abschnitt, der diesen Gegenstand behandelt, werden sehr ausführlich die Konkurrenzverhältnisse der deutschen Wirtschaft in der Vorkriegszeit, während des Krieges und in den einzelnen Jahren der Nachkriegszeit an Hand von Zahlenmaterial und Erläuterungen gezeigt. Das in diesem Abschnitt wiedergegebene Zahlenmaterial zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Vereinigungsprozeß der deutschen Wirtschaft im Interesse der Allgemeinheit und der Gesundung unserer Wirtschaft zwingende Notwendigkeit geworden ist.

Sehr ausführlich werden ferner die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt behandelt. In den Gewerkschaftsziffern, die für sämtliche Berufe des Baugewerbes spezialisiert und nach Monaten zusammengestellt sind, spiegelt sich die Wirtschaftslage deutlich wieder. Auch die Lohn- und Wirtschaftskämpfe des vergangenen Jahres, ihr Umfang und der Erfolg für die wichtigsten Industrie- und Gewerbegruppen in den verschiedensten Wirtschaftsgebieten werden aufgezeichnet. Bei der Durchsicht ist immer wieder festzustellen, daß das Unternehmertum alles versucht hat, um der Arbeiterchaft unwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktiert und daß diesen Bestrebungen schärfster gewerkschaftlicher Kampf entgegengekehrt werden mußte. Auch der Vergleich der Lohnpolitik anderer Gewerbe mit der im Baugewerbe geübten dürfte sehr lehrreich sein. Die Erfolge gewerkschaftlicher

Arbeit finden in einer diesem Abschnitt angehängten Tabelle, aus der die Lohnentwicklung der gelernten und ungelernen Arbeiter zu ersehen ist, eine besondere Würdigung.

Einen besonders breiten Raum nimmt der Abschnitt ein, der die Produktion und den Handel behandelt. Hier wird dem Wirtschaftspessimismus der Unternehmer entgegengetreten, ihre Argumente, daß die Produktion noch lange nicht den Vorkriegsstand erreicht habe, werden zerstreut. Auch die Verlegung des Schweregewichtes der Wirtschaft und die Folgen für die Industriestaaten Europas werden an Hand von Wirtschaftszahlen gezeigt. Auf fast allen Gebieten der gewerblichen und industriellen Produktion werden Produktionsziffern mitgeteilt. Die landwirtschaftliche Produktion der letzten Jahre wird in einen Vergleich mit der Produktion der Vorkriegszeit gestellt; daraus wird ersichtlich, wie die Erträge der Landwirtschaft gesteigert werden konnten. Ausführlich wird die standortliche Preispolitik der Schwerindustrie und des Kohlenhandels behandelt. Da für uns die Produktion der Kunststoff erzeugenden Industrie von besonderem Interesse ist, werden die Vorgänge auf diesem Gebiet besonders eingehend behandelt. Natürlich fehlt auch die Ermittlung über die Bautätigkeit nicht, die an ausschlagreichen Tabellen die Zahl der in den einzelnen Monaten der letzten Jahre erstellten Bauten darstellt. In den weiteren Abschnitten werden die Handelspolitik und die Schutzzölle in ihren Wirkungen auf die Arbeitererschaft dargestellt. Die letzten Abschnitte des wirtschaftlichen Teiles behandeln die Ein- und Ausfuhr Deutschlands in Gegenüberstellung mit der Vorkriegszeit. Der Gewerkschaftskongreß und seine Arbeiten sowie die wichtigsten Beschlüsse werden in einem besonderen Kapitel dargestellt. Dann folgen die Vorgänge in unserm eigenen Verband. Zunächst werden in sehr ausführlicher Weise die Lohnbewegungen des letzten Jahres, die Vereinbarungen und Schiedsprüch in den einzelnen Wirtschaftsgebieten unseres Verbandes, zum Teil in Tabellenform, zum Teil im Wortlaut, wiedergegeben. Der Großkampf im Baugewerbe wird im Rahmen eines Abschnittes eingehend behandelt. Auch die materielle Auswirkung der Lohnpolitik auf die Mitglieder, sowie die Lohnentwicklung im Zimmerergewerbe seit 1913 wird dargestellt; ebenfalls die Gehaltslöhne und die Arbeitszeit in den einzelnen Tarifgebieten unseres Verbandes. Ausführliche Statistiken über die Länge des Arbeitstages zeigen, daß wir an der Spitze der Organisationen marschieren, die in der Lage waren, den Achtstundentag zu halten und zu verteidigen. Die Kämpfe der Lohnkämpfe, getrennt nach den einzelnen Baustellen, sowie die Anzahl der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe werden in übersichtlicher Form dargestellt.

Von besonderem Interesse sind auch die Berichte über Organisation und Agitation. Hier spielt sich ein Stück Stärke und Verbandsstärke der Kameraden wieder. Die Mitgliederbewegung in den einzelnen Gauen, die Fluktuation, die Tätigkeit der Gauleiter, alles ist in dem Abschnitt zu finden, in dem diese Fragen behandelt werden. Das Ergebnis unserer statistischen Erhebungen ist in Tabellenform wiedergegeben, ebenso die Gehaltsbewegung und die Verhältnisse der Poliere, sowie die Zahl der in den einzelnen Gauen ermittelten Betriebsvertretungen. Es folgen weiter die Berichte über die einzelnen Unterstützungseinrichtungen in unserm Verband und auch das so wichtige Gebiet des Bauarbeiter-Schutzes wird eingehend behandelt. In einem Abschnitt werden die internationalen Beziehungen unseres Verbandes mit seinen Brüdernorganisationen im Ausland dargelegt und unsere Beziehungen zu dem Verbande sozialer Baubetriebe erläutert. Der umfangreiche und spezialisierte Rapportbericht gibt Aufklärung über das Finanzgebaren unseres Verbandes im vergangenen Großkampfsjahr. Alle kaufmännlichen Dinge behandelt der Bericht mit besonderer Ausführlichkeit. Den Schluß bilden dann die Berichte der Gauleiter, in denen die Verhältnisse in den einzelnen Gauen dargelegt werden. Der Inhalt des Jahrbuches, seine übersichtliche Gliederung, sowie die Fülle des dort verarbeiteten Materials geben Auskunft über alle wichtigen Vorgänge im Wirtschafts- und Verbandsleben des vergangenen Jahres. Alle Funktionäre, die Platz- und Baulegitimen, sowie alle tätigen Mitglieder des Verbandes müssen im Besitze dieses Jahrbuches sein, das umfassendes Material für die Auswertung im gewerkschaftlichen Kampf enthält.

Lohnpolitik und Wirtschaftskrise.

Man hat seit der wirtschaftspolitischen Neuorientierung, die nach dem Weltkrieg und mit der staatlichen Neuordnung erfolgt ist, viel über die veränderte Einstellung unserer Gewerkschaftspolitik zu den allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik geredet und geschrieben. Es genügt aber auch ein Blick auf das Tatsachenmaterial, welches beweist, wie sich seither unsere ganze weltwirtschaftliche Lage verschoben hat, um zu erkennen, wie sehr unter diesen neuen Verhältnissen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse an den Fragen der Produktion und der allgemeinen Wirtschaft überhaupt interessiert ist. Die immer deutlicher werdende Tatsache, wie sehr heute die gesamte europäische Wirtschaft verarmt ist, hat vor allem ihre Ursache darin, daß uns heute das Tempo der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung sehr bedeutend überflügelt hat, und daß unsere Industrie infolge einer übermächtig gewordenen Konkurrenz den Absatz auf den Weltmarkt zum größten Teile verloren hat.

In der „Gesellschaft“ hat erst unlängst Wladimir Botinsh mit einer mühevollen und äußerst beachtenswerten statistischen Zusammenstellung gezeigt, wie gewaltig sich der europäische Anteil an dem Welthandel verringert hat, und wie selbst das so kräftige und wirtschaftlich gut ausgerüstete England den größten Teil seiner einstigen Ausfuhr zugunsten Amerikas verloren hat. Wir sind daher in eine Art chronische Wirtschaftskrise geraten, die schwer nicht nur auf dem einzelnen Arbeiter lastet, sondern die auch die gewerkschaftliche Lohnpolitik sehr ungünstig beeinflusst und die uns geradezu zwingt, Wege zu suchen, die aus der Ohnmacht unserer Wirtschaft herausführen. Die wirtschaftliche Machtverteilung ist heute eine ganz andere als vor dem Kriege, und gerade der um den fortgesetzten Aufstieg der Arbeiterklasse ringende Gewerkschaftler muß sich darüber klar sein, daß alle gewerkschaftliche Politik den schwersten Geminnen ausgesetzt ist, wenn die europäische Wirtschaft zu einem dauernden Stagnation berurteilt sein sollte.

Man hat in den letzten Monaten in den verschiedenen Diskussionen sehr viel von der Amerikanisierung der europäischen Wirtschaft vernommen, obwohl es klar sein muß, daß sich die amerikanischen Verhältnisse nicht ohne weiteres mit jenen in den europäischen Staaten vergleichen lassen. Aber nichtsdestoweniger scheint für uns manche Nutzenwendung aus der amerikanischen Wirtschaft gegeben, wenn sie mit den wirklichen Tatsachen in Einklang gebracht wird. Für die weit höher entwickelten technischen Voraussetzungen der Industrie und für die bessere rechnerische Durchdenkung des gesamten Arbeitsprozesses, die eine höhere Produktivität gewährleisten, besitzt Amerika wichtige Voraussetzungen, die uns leider fehlen; denn es verfügt neben einem Weltmarkt, der uns verlorengegangen ist, auch noch über einen aufnahmefähigen inneren Markt, weil der verhältnismäßig hohe Lohn des amerikanischen Arbeiters dafür die Grundlage geschaffen hat. Während der deutsche Arbeiter etwa 70 % seines Lohnes für die Ernährung ausgeben muß, kommt der amerikanische Arbeiter mit 50 % aus, so daß er in der Lage ist, auch andere Ausgaben zu bestreiten, was eben dem inneren Markt zugutekommt. Daß man jene amerikanischen Arbeitsmethoden, mit denen die Leistung gehoben und die Produktion verbilligt wird, auch bei uns einführen könnte, dafür liegen bereits Beweise aus Deutschland vor, und es muß hinzugefügt werden, daß mit einer solchen Leistungssteigerung keineswegs immer ein höheres Arbeitstempo verbunden sein muß, da es vor allem auf die Gestaltung des Arbeitsprozesses ankommt, wobei natürlich Fragen mitspielen, die nur ohne Nachteil für die Arbeiter auf dem Wege der betriebswirtschaftlichen Mitwirkung der Gewerkschaften gelöst werden können. Bei den zwei größten deutschen Automobil- und Fahrradwerken Opel in Rüsselsheim und Drennador in Brandenburg ist das amerikanische Arbeitssystem bereits so durchgeführt, daß man jetzt bis 100 Kraftwagen pro Tag erzeugt und es besteht, wie kürzlich das „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt hat, die Aussicht, daß durch weitere Umstellungen im Betriebe die Fahrradherzeugung in diesem Jahre auf 7000 bis 8000 Räder gebracht werden kann.

Eine solche fortschreitende Entwicklung wäre aber nur denkbar, wenn sich die europäische Industrie vor allem auf den inneren Markt einstellen könnte, wenn sie mit einem Wort mit einer Hebung der Kaufkraft im Inlande rechnen könnte. Das vielgebrauchte Wort von einer Produktionssteigerung hat nur dann einen Sinn, wenn sich unsere Unternehmer einmal vollständig darüber klar werden, daß bei der Lage unserer heutigen Weltwirtschaft eine Besserung unseres Absatzes um so weniger allein in dem Export gesucht werden kann, als selbst vor dem Kriege die immerhin sehr stark an den Export beteiligte deutsche Industrie kaum 20 % ihrer Erzeugnisse an das Ausland verkaufen konnte. Eine Besserung des inländischen Marktes, der heute vollständig daniederliegt, setzt aber vor allem eine andere Einstellung zu den Fragen der Lohnpolitik voraus und die Unternehmer müßten sich von dem Gedanken endlich freimachen, daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie nur mit niedrigen Löhnen wieder zu erlangen ist. In einem Aufsatz über „das Lohnproblem im internationalen Handel“, der am 11. Juli vorigen Jahres in der „Neuen Freien Presse“ erschienen ist, hat der englische Volkswirt, Professor Bowley freimütig erklärt: „Nicht auf die Höhe der Löhne kommt es an, sondern die gesamten Produktionskosten sind maßgebend. Diese hängen ab von den Lohnsätzen, der Arbeitszeit, der Arbeitsintensität, der Zulänglichkeit der Betriebsanlagen und der Maschinen. Nun sind niedrige Löhne erfahrungsgemäß überall ein Gemis, die technischen und maschinellen Einrichtungen zu verbessern, und beeinflussen überdies den sogenannten persönlichen Komponenten des Produktionsprozesses, die Lust und Freude an der Arbeit, sehr ungünstig, was wiederum das Produktionsergebnis verschlechtert.“

Mit dem bloßen Geschwätz der „Amerikanisierung des Arbeitsprozesses“ ist uns also sehr wenig geholfen, wenn man sich in dem Lager der Arbeitgeber nicht grundsätzlich entschließt, Wirtschafts- und Betriebspolitik im Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu betreiben, und eine Lohnpolitik nicht von vornweg in starrer Feindschaft abzulehnen, welche die Kaufkraft der Massen stärkt, und der Industrie und dem Handel neue Lebensmöglichkeiten eröffnet. „Der Kapitalismus“, so schrieb vor einigen Wochen der Berliner Nationalökonom Professor Bonn in der Wiener „Neuen Freien Presse“, „ist als gesellschaftliches System nicht mehr erträglich, wenn seine Leistungen ausschließlich im Gewinnmachen und in der Ansammlung von Kapitalien bestehen. In einer Zeit der allgemeinen Krise, wie eben jetzt, werden die Verluste nur verteidigt, wenn man sie der Allgemeinheit aufbürdet, indem man durch Steuerzoll und niedrige Löhne die Rentabilität zu erhalten oder wiederherzustellen versucht. Eine Politik der Preisverbilligung, die selbstverständlich anzustreben ist, muß in verschiedenen Richtungen, vor allem in technischer Hinsicht und in der zweckmäßigsten Arbeitsorganisation und in der Auffindung neuer betriebswirtschaftlicher Wege gesucht werden, niemals aber darf sie auf Kosten der Löhne gehen; denn, so sagt Professor Bonn:

„Der Kapitalismus muß sich darüber klar sein, daß hohe Löhne in einer Zeit, in der die Kaufkraft der Mittelklasse ausgefallen ist, den eigentlichen Absatzmarkt für seine Waren darstellen. Er darf daher in Krisenzeiten diesen Markt nicht durch Lohndruck beschneiden. Man redet so viel von dem Gesetz der großen Räume“ und behauptet, diese großen Räume und die daraus folgenden Absatzmöglichkeiten sollen die phänomenale amerikanische Entwicklung zur Folge gehabt haben. Brasilien und Kanada haben die gleiche Fläche, China hat eine größere Ausdehnung, aber nicht die gleiche Entwicklung. Schließlich sind es nicht die Räume, die konsumieren, sondern die Menschen.“

Der deutsche Wirtschaftskritiker, der hier als Verteidiger des Kapitalismus seinen wirtschaftlichen und sozialen Klagen genossen so ins Gewissen redet, hat erkannt, daß das Unternehmertum an einem mittelalterlichen Ideal und an dem Zunftgedanken festhält, wenn es die Rettung der Wirtschaft nur mit dem bisher üblichen Mitteln der Kartellbildung, der Zölle und des gesteigerten

Lohndruckes versucht, während gerade die kapitalistische Weltwirtschaft in ihren großen kapitalen Zusammenhängen und Verbundenheiten nur als Ganzes und als Einheit kurieren werden kann. Eine Wirtschaftspolitik, die dem Kapitalismus einseitigen noch Bestand und Weiterentwicklung sichert, darf sich eben nicht mit dem gewöhnlichen kapitalistischen Mitteln begnügen, sondern muß sich darüber klar werden, daß eine ganze Welt von dem Chaos bedroht ist, das nur beseitigt werden kann, wenn man sich immer mehr zu den Mitteln und Methoden bekennt, die dem geistigen Arsenal des modernen Sozialismus entnommen sind!

F. L.

Handelsstatistik und Wirtschaftslage.

Die deutsche Handelsstatistik wies im Jahre 1925 einen Monat für Monat ziemlich gleichbleibenden Einfuhrüberschuß auf, der am Jahresende rund 4500 Millionen betrug. Das ist ein Betrag, der den Einfuhrüberschuß des Jahres 1913 um das Sechseinhalbfache überstieg. Es kann deshalb nicht befremden, wenn diese Passivität der deutschen Handelsbilanz in weiten Kreisen schwere Befürchtungen für die fernere Entwicklung der deutschen Wirtschaft aufsteigen ließ, ebenso aber auch den eingeweihten Interessenten Gelegenheit bot, sich wieder einmal, wie schon so oft, an der Not des deutschen Volkes zu bereichern. Unter dem Einfluß der von dieser Seite betriebenen Schwarzmalerei gelang es der schützöllnerischen Mehrheit des Reichstags, die deutschen Zölle beträchtlich zu erhöhen. Der von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften diesem Vorgehen entgegengekehrte Widerstand wurde durch brutalen Mißbrauch der Geschäftsordnung überwunden, alle gegen die Zollerhöhung erhobenen Bedenken in den Wind geschlagen.

Zwischen hat sich herausgestellt, daß die an die Passivität der deutschen Handelsbilanz geknüpften Befürchtungen grundlos waren. Der bis gegen Ende 1925 andauernde Einfuhrüberschuß fand eine sehr natürliche Erklärung einerseits in der den Ententestaaten zustehenden Meistbegünstigung, andererseits in dem aus der Währungsstabilisierung eintretenden Zufluß fremden Kapitals nach Deutschland, der in der Hauptsache in Form von Waren, besonders Rohstoffen und Lebensmitteln erfolgte. Von der Gesamteinfuhr des Jahres 1925 mit 13 146,3 Millionen entfällt nahezu die Hälfte auf die 12 wichtigsten Einfuhrwarengruppen: Baumwolle, Wolle, Baumwollgarne, Bau- und Kuchholz, Kuchpuffer, Häute und Felle, Oelfrüchte und Saaten, Futtermittel, Fette, Brotgetreide und Mehl, Milch und Butter, Obst und Süßfrüchte. Entgegen den Verjahren, das Besitzt der deutschen Handelsbilanz aus der vermehrten Einfuhr von Luxuswaren zu erklären, stellt denn auch das Statistische Reichsamt fest, daß sich der Charakter der deutschen Einfuhr im allgemeinen gegenüber der Vorkriegszeit nicht geändert habe sowie im wesentlichen durch den Rohstoffbedarf der Industrie und den notwendigen Zufluß an ausländischen Lebensmitteln bestimmt wurde.

Die einseitige Meistbegünstigung der Ententestaaten ging bereits mit Beginn des Jahres 1925 zu Ende, im weiteren Verlauf desselben hörte allmählich auch der Kapitalzufluß aus dem Auslande auf und am 1. September beziehungsweise 1. Oktober trat der Zolltarif in Kraft. Das Ergebnis dieser Umstände war eine überraschende Verringerung der Wirtschaftslage. Mit der heraufziehenden Krise gingen die Einfuhrziffern schnell zurück, dagegen nahm die Ausfuhr langsam zu, so daß bereits im Dezember ein Ausfuhrüberschuß von 36 Millionen verzeichnet werden konnte. Dieser stieg im Januar 1926 auf 88, im Februar auf 121, im März auf 278 Millionen, ging dagegen im April auf 56 Millionen zurück. Insgesamt betrug 1925 die Ausfuhr 8838 Millionen gegen 10 067 Millionen im Jahre 1913. Das ist ein Weniger von 13 %. Hiernach könnte es so scheinen, als ob die deutsche Wirtschaft nahezu ihren früheren Stand erreichte. Das ist jedoch nicht der Fall. Berechnet man nämlich unter Berücksichtigung der eingetretenen Preissteigerungen die Ein- und Ausfuhrziffern nach dem Vorkriegswert, so ergibt sich ein anderes Bild. Während 1913 die Einfuhr 10 770, die Ausfuhr 10 067 Millionen betrug, stehen dem im Jahre 1925 nur 9700 beziehungsweise 6650 Millionen gegenüber. Das bedeutet, daß die Einfuhr des Vorjahres trotz scheinbarer Uebersteigerung um 13,4, die Ausfuhr um 34,8 % hinter den Ziffern der Vorkriegszeit zurückbleibt. Dadurch wird die ungünstige Wirtschaftslage in Deutschland zur Genüge gekennzeichnet.

Die für das erste Vierteljahr 1926 vorliegenden Einfuhrziffern zeigen einen weiteren erheblichen Rückgang, während sich die Ausfuhrziffern noch etwas über der durchschnittlichen Höhe des Vorjahres halten. Soweit der Rückgang der Wareneinfuhr und das mit der Steigerung der Warenausfuhr verbundene Aktivwerden der deutschen Handelsbilanz in Betracht kommt, ist darin ein für die deutsche Wirtschaft bemerkliches Symptom nicht zu erblicken. Auch als Kennzeichen einer Verschlimmerung der gegenwärtigen Krise läßt sich die eingetretene Verringerung nicht einschätzen. Die Herbeiführung einer aktiven Handelsbilanz war eine Notwendigkeit, die sich nicht umgehen ließ, wenn die deutsche Währung stabil bleiben und das deutsche Volk die ihm auferlegten Verpflichtungen erfüllen soll. Die durch die angeführten Umstände künstlich gesteigerte Einfuhr fremder Waren mußte eine Einschränkung erfahren. Diese ist durch den Wegfall der einseitigen Meistbegünstigung und das Verliegen der Auslandsanleihen herbeigeführt. Zu Bedenken gibt lediglich der Zolltarif Veranlassung.

Die eingetretenen Zollerhöhungen wirken nicht nur dahin, die Einfuhr über das notwendige Maß hinaus zu drosseln, sondern setzen auch den Bestrebungen der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Das ist es mit, was die schwerindustriellen und großagrarischen Schutzöllner erreichen wollten. Die erhöhten Zölle halten ihnen die unbenutzbare Auslandskonkurrenz vom Leibe. Der Inlandsmarkt und seine Verbraucher werden ihrer rücksichtslosen Ausbeutung ausgeliefert, die Herrschaft der Kartelle erfährt eine ungemessene Stärkung, ihre Preisdiktatur wird durch keine Hindernisse eingeschränkt. Darüber hinaus wird das so durch die Zölle in seiner Monopol- und Machtstellung gestärkte Industrie- und Agrarkapital in den Stand gesetzt, die Löhne der Arbeiter herunterzudrücken, als auch auf Kosten der Arbeiter und Verbraucher dem Auslande gegenüber Schleuderkonkurrenz zu treiben. Auf solche Weise will man neue Absatzgebiete erobern. Im wesentlichen ist es

das gleiche Verfahren, das von den Schwerindustriellen und Großagrariern bereits in der Vorkriegszeit angewendet und unter dem wilhelminischen Regiment durch eine freigebige Liebesgabenpolitik gefördert wurde. Diese Politik kann nicht ohne bedenkliche Folgen bleiben.

Bei Vorlage des Schutzolltarifs begründete bekanntlich die Reichsregierung die Erhöhung der Zölle damit, daß sie dadurch eine bessere Grundlage für die einzuleitenden Handelsvertragsverhandlungen schaffen wollte, die erhöhten Zölle lediglich Kompensationszwecken dienen sollten. Das war nur ein Vorwand, weil die Regierung ihr Einverständnis mit den volksfeindlichen Absichten der industriellen und agrarischen Schutzöllner nicht wohl eingestehen konnte. Nunmehr muß jedoch die Regierung selbst zugeben, daß ihre Erwartungen nicht eintrafen, sondern ganz so wie es von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite vorausgesehen wurde, die neue Zolltarifnovelle in allen für Deutschland maßgebenden Ausfuhrländern eine starke Tendenz nach Zollerhöhungen hervorgerufen hat. Verschiedene Länder, wie Oesterreich, Lettland, Estland und Finnland haben solche bereits beschlossen oder in Vorbereitung, in andern, wie Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, machen sich als Reaktion auf das deutsche Vorgehen ähnliche Bestrebungen bemerkbar. Hiernach ist zu befürchten, daß an Stelle einer Niederlegung der den internationalen Warenverkehr hindernden Zollmauern noch höhere aufgerichtet werden.

Mit einer nennenswerten Steigerung der deutschen Ausfuhr ist unter diesen Umständen in der nächsten Zeit nicht zu rechnen. Selbst wenn sie aber eintreten sollte, haben die Arbeiter davon keine wesentliche Verbesserung ihrer Lage oder eine merkbare Abnahme der bestehenden Arbeitslosigkeit zu erwarten. In der Regel wird die Wirkung der Ausfuhr auf die Wirtschaftslage weit überschätzt. Ein Industrie- und Handelsstaat wie das Deutsche Reich kann die Ausfuhr selbstverständlich nicht entbehren, schon weil er ihrer zur Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln, dann aber auch zur Aufrechterhaltung der Währung und Durchführung seiner Zahlungsverpflichtungen bedarf. Es liegt deshalb im Interesse der deutschen Wirtschaft, den Export zu heben. Dazu sind aber Zölle das allerungeeignetste Mittel. Das beginnt man allmählich auch in industriellen Kreisen einzusehen. Weitläufiger aber ist die deutsche Produktion ist aber der Bedarf der eigenen Bevölkerung. Auf die Ausfuhr entfällt nur etwa ein Zehntel dieser Produktion. Hieraus ergibt sich, daß die Befriedigung des Binnenmarktes, die Hebung der allgemeinen Kaufkraft des Volkes für die Entwicklung und Gesundung der deutschen Wirtschaft von allergrößter Bedeutung ist und allen andern Bestrebungen vorangestellt werden muß. Hier bietet sich durch Rationalisierung und Intensivierung der Produktion, angemessene Senkung der Preise und daraus folgender Steigerung des Verbrauchs ein weites Feld, die Nachfrage nach industriellen und agrarischen Erzeugnissen zu erhöhen und allen Arbeitswilligen lohnende Gelegenheiten zur wirtschaftlichen Betätigung zu bieten. Darin stimmen alle objektiven Wirtschaftsbeobachter mit den Gewerkschaften überein: Die von dem Industrie- und Agrar-kapitalismus betriebene Gerabdrückung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Hochhaltung der Preise und angebotene Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter ist das denkbar Unsinntigste und Verlehrteste, was zur angeblichen Besserung der Wirtschaftslage unternommen werden kann. Ein derartiges Vorgehen führt die deutsche Wirtschaft nicht aufwärts, sondern in den Sumpf der Stagnation und des Rückschritts.

Nach der Schlacht um die Fürstenteignung.

Das deutsche Volk hat gesprochen; der Schlachtenlärm um die Entschädigung der Fürsten ist verstummt. Die Börse hallte wieder vor lauter Freude um das gereinigte Privateigentum; dabei schnellten die Kurse teilweise bis 80 % in die Höhe. Die früheren Kronenträger atmen auf. Das deutsche Volk hat in seiner Mehrheit abgelehnt, ihnen den luxuriösen Lebenswandel einzuschränken. Der Fahnenflüchtige in Doorn hat sich noch einmal von ganzem Herzen freuen können, als er die Telegramme seiner Getreuen empfing. Im großen und ganzen ist die Abstimmung um die Fürstenteignung keine Ruhmesstat, denn 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen sind etwas wenig nach einer so riesigen Agitation. Man sollte es kaum für möglich halten, daß in einer Zeit der großen Not, wo Millionen Arbeitslose nur kümmerlich das Leben fristen, wo das Glend auf Gassen und Märkten jedem entgegenstreicht, wo Kurzarbeiter sich schon jahrelang mit einem schmalen Verdienst zufriedengeben müssen — das Volk der Arbeit nicht wie ein Mann nach den Urnen stürmte. Es ist zum Heulen, wenn man die Ziffern der Wahlbeteiligung in den hochentwickelten Industriezentren genauer betrachtet. Man besche sich einmal die Abstimmungsergebnisse im industriellen Westen und der Menschheit ganzer Jammer padt einen an! Dort an der Ruhr, wo sich riesige Reichthümer bilden, wo Hunderttausende von einer Handvoll Menschen beherrscht wurden, wußte die Arbeitererschaft ein demokratisches Instrument nicht zu spielen; fanden viele es nicht für notwendig, zur Abstimmung zu gehen. Wie es im Westen Deutschlands war, so war es auch in vielen andern Gegenden. In ländlichen Bezirken herrscht der Terror, der viele von der Abstimmung fernhielt.

Die Arbeitererschaft blieb zum Teil zu Hause, diemeil sich eine Blut reaktionärer Gehe über das Volk ergoß. Und höhnisch quitierte die reaktionäre Meute das Resultat der Abstimmung am Tage nach der Wahl. Sie hatten Grund, sich zu freuen! Noch in seinen namenlosen Leidens-tagen erstirbt ein großer Teil des deutschen Volkes in Demut vor den „angestammten“ Herrscherhäusern. Wis in die Schichten der kleinen Leute, ja bis in die düsteren Proletariatschichten stoßen wir noch auf den Obrigkeitssimmel. Bar jeder Kenntnis der wirklichen Sachlage glauben sie, daß mit dem Purpurglanz eines Cäsar auch der angebliche Glanz früherer Tage zurückkehren könnte. O, diese Toren!

Wenn man sich das Abstimmungsergebnis überlegt, könnte man zu der Ueberzeugung kommen, daß es dem deutschen Arbeitsvolke noch nicht schlecht genug geht. Die traffe materielle Not, die von der Wirtschaftskrise begleitet ist, hätte die Menschen aufpeitschen müssen; sie hätte vor allem jene durch die Inflation Enterbten an die Urne dringen müssen. Die Inflation, die bereits im Kriege eingeleitet und systematisch gezüchtet wurde, stellte die Begriffe vom Privateigentum vollständig auf den Kopf. Die Ent-



Auch bei leichten Verletzungen verbinden lassen!

eignung der Millionen Sparrer wurde mit eiskalter Miene vorgekommen. Und dennoch blieben die Massen bei der Abstimmung um die Fürstenteignung vielfach zu Hause.

Viele von uns werden um eine Illusion ärmer geworden sein; und mancher wird die Hoffnung fahren lassen müssen, als sei das deutsche Volk zu irgendeiner revolutionären Tat fähig. Es ist schmerzlich, dies feststellen zu müssen, aber leider ist es so. Große Teile des Volkes sind nicht einmal fähig, ihre demokratische Freiheit auszunutzen; sie wissen die Waffen der Demokratie, die ihnen ein glücklicher Zufall vor acht Jahren in die Hand spielte, nicht zu benutzen. Es war eigentlich ein Glück, daß der Volksentscheid zum ersten Male bei einer so populären Parole, wie die Ent-eignung der Fürsten, in Anwendung gebracht werden konnte. Würde doch schon mit dem Gedanken gespielt, wichtige sozial-politische Gesetze, wie den Achtstundentag, zur Abstimmung zu stellen. Vielleicht hätten wir unser blaues Wunder erleben können. Eins können wir jedenfalls aus dieser Abstimmung lernen, daß die Waffe des Volksentscheids nur in vorzüglicher Weise in Anwendung gebracht werden kann. Diese Erkenntnis bekommen zu haben, betrachten wir als einen großen Nutzen des 20. Juni 1926.

Und die Lehre von dem allen? Stärkt den Einfluß der Gewerkschaften! Durch die Gewerkschaften müssen die arbeitenden Massen erst zur demokratischen Freiheit, zur Handhabung demokratischer Waffen erzogen werden. Die methodische Verbesserung der Lebensweise der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die andauernde Einwirkung der Gewerkschaften auf die öffentlichen Gewalten, das sind die Mittel, die am ehesten Erfolge zu verzeichnen haben. Mit lärmenden politischen Agitationen, mit Tambourcorps und Musikkapellen läßt sich wohl eine momentane Begeisterung erzielen, aber die kapitalistische Welt steht weiter auf eberrnem Grund. Ihr ist nur erfolgreich beigekommen durch den unablässigen Tageskampf der Gewerkschaften.

Verbandsnachrichten.

Gesamtmachungen des Zentralvorstandes.

Achtung, Kassierer!

Bei Bestellungen von Beitragsmarken ersuchen wir, genau mitzuteilen, ob es sich um alte oder neue Marken handelt. Alte Beitragsmarken werden nur noch zum Zweck eventueller Restbeiträge versandt. Von der 27. Woche an dürfen in den Mitgliedsbüchern nur neue Beitragsmarken geklebt werden.

Die alten Freimarken können jedoch weiter verwendet werden. Adolf Kömer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Daber, Rülze und Stadthagen. Gesperrt ist in Stabelwitz bei Deutsch-Bissa die Firma Gebrüder Huber, in Helbau (Zahlstelle Burau-Kaufsch) die Firma Müller.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen. Am 12. Juni fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Kamerad Caspar berichtete in ausführlicher Weise über die Beschlüsse und Entschlüsse des Verbandstages. Die Tätigkeit des Zentralvorstandes und seine Bestrebungen, die Lebenslage der Zimmerer zu verbessern, wurden vom Verbandstage gebilligt. Um auch ferner gewappnet zu sein, habe der Verbandstag die Erhöhung der Beiträge beschlossen, die sich für das Zahlstellengebiet in einer Erhöhung der Beiträge um 10 % auswirke. Die Zusammensetzung des Zentralvorstandes habe eine Aenderung erfahren, an Stelle des Kameraden Schönfelder sei Kamerad Wolgast getreten. Die Zahlstellenversammlung billigte nach ausgedehnter Diskussion die Beschlüsse des Verbandstages. Es wurde beschlossen, zur Stärkung des Kampffonds unserer Lokalkasse den bisherigen Beitrag in allen Klassen um 10 % zu erhöhen. Zum zweiten Punkt berichtete ebenfalls Kamerad Caspar. Für den ganzen Gau sei für Sonnabend, 31. Juli, und Sonntag, 1. August, ein Jugendtag unserer Lehrlinge in Lüneburg geplant; woran auch wir uns mit

unserer Jugend der Zahlstelle beteiligen wollen. Redner schlägt vor, die Reisekosten, sowie ein gemeinsames Mittagessen durch die Lokalkasse zu übernehmen. Diesem Vorschlag stimmte die Zahlstellenversammlung zu und wünschte, daß sich unsere Lehrlinge restlos an der Fahrt nach Lüneburg beteiligen. Lüneburg als alte Stadt mit seinen baulichen Sehenswürdigkeiten zeige unsern Lehrlingen viel Interessantes. Weiter wurde auf den bevorstehenden Volksentscheid hingewiesen und die Kameraden aufgefordert, ihre Pflicht zu tun. In der Arbeitsvermittlungsfrage billigte die Zahlstellenversammlung einen Beschluß der Bremer Mitgliederversammlung, wonach das Umschauen auf Bureau und Arbeitsstellen verboten ist. Die Vermittlung der Zimmerer erfolgt nur durch den Arbeitsnachweis, mit der Befähigung durch das Verbandsbureau. Zuwoerhandelnde verdrücken das Recht der Zusammenarbeit mit andern Kameraden und werden in eine Strafe genommen. Nach weiteren internen Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Dresden. Am 17. Juni fand im Volkshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die den Bericht von dem am 14. Juni stattgefundenen Verhandlungen entgegennahm. Kamerad Richterberger schilderte den Gang und die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen zu überwinden waren. Was den Lohn anbetrifft, müsse gesagt werden, daß er bestehen bleibe bis auf einige Orte, die an das Großenhainer Lohngebiet grenzen. Die Arbeitszeitfrage habe langes Verhandeln beansprucht. Es besteht zwar ein Vertrag über die 47-beziehungsweise 48-Stunden-Woche, aber dieser Vertrag sei bereits 1 1/2 Jahre nicht eingehalten worden. Nur in letzter Zeit sei vonseiten der Unternehmer über das Nicht-einhalten der 47-Stunden-Woche Klage geführt worden und man habe die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit von den Arbeitnehmerorganisationen verlangt. Es ist deshalb kein neues Abkommen getätigt worden, sondern die Verhandlungskommission habe sich verpflichtet müssen, für Einhaltung der getätigten 47-beziehungsweise 48-Stunden-Woche Sorge zu tragen. Der Rechtszustand sei so, wenn man einen Vertrag mit abschließt, dann habe man ihn auch zu halten und deshalb sei erneut unterschrieben worden und könne auch aus den Unterschriften nichts anderes hergeleitet werden. In der Aussprache waren alle Redner gegen eine längere als 45 1/2-Stunden-Woche. Kein Redner konnte es verstehen, daß bei der jetzigen Arbeitslosigkeit vonseiten der Unternehmer ein derartiges unsoziales Verhalten an den Tag gelegt wird. Es wurde gefordert, am Sonnabend einfach um 12 Uhr statt um 1 Uhr aufzuhören. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde über die Affordfrage gesprochen und warnende Worte denen ertgegengebracht, die eventuell in den Verdacht des Affords stehen könnten und ihnen die Folgen vor Augen geführt, die dann entstehen, wenn sie dabei ertappt werden. Es müsse deshalb jeder Kamerad bemüht sein, diese Sünden der Organisation nachhaft zu machen, damit dem nachgegangen werden kann.

Baugewerblimes.

Risiko der Bauarbeiter. Am 25. Juni ereignete sich in Berlin ein schwerer Bauunfall. Gegen 11 Uhr vormittags verunglückte der Zimmerer Gustav Schönfeld aus Fredericksburg an dem Neubau Berlinerstraße 64. Schönfeld war mit dem Verlegen der Balkenlage in der dritten Etage beschäftigt. Er glitt aus und stürzte 10 Meter tief hinab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er ins Krankenhaus Moabit gebracht. Wen die Schuld trifft, muß noch geklärt werden.

Gewerkschaftliche Kundgebung.

Zur Betriebsratswahl der F. G. Farbenindustrie A.-G. Ludwigshafen am Rhein. Die diesjährigen Betriebsratswahlen in der Anilinfabrik, die im Mai ihren Abschluß fanden, zeigten äußerlich erfreulicherweise das Bild einer Geschlossenheit der Belegschaft. Die Wahlbeteiligung betrug 74 %. Von 29 Sigen bekamen die freien Gewerkschaften 26, die christlichen 3. Was die Organisationszugehörigkeit in diesem Betriebe anbelangt, so sollte das Ergebnis der Wahlen ein Ansporn für jeden Beschäftigten sein, durch Anschluß an seine Organisation baldmöglichst ein ähnliches Verhältnis zu schaffen, denn die Leitung der Anilinfabrik versteht es, in der jetzigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges durch ein raffiniertes Afford- und Prämien-system aus den Arbeitern den letzten Blutstropfen herauszuholen. Das trifft vor allem auf den Baubetrieb zu, wie die häufig vorkommenden Bauunfälle beweisen. Die baugewerblichen Arbeiter haben das längst erkannt; sie stehen daher in bezug auf Organisation mit an erster Stelle im Betrieb. Die starke Beteiligung der Bauarbeiter an der Wahl zeugte auch davon, ein wie großes Interesse sie an der Befestigung des Betriebsausschusses haben; denn die vielen Bauunfälle erfordern erhöhten Bauarbeiter-schutz. Leider sind dieses Jahr die Bauarbeiter bei der Wiederbefestigung dieses wichtigen Postens ausgeschlossen worden. Da dieses für die Arbeiter, insbesondere für die Bauarbeiter, einen nicht so schnell wieder gutzumachenden Schaden bedeutet, ist es notwendig, unsere Mitglieder über diese Wahl ein wenig zu informieren.

Dem Arbeiterrat der Anilinfabrik wurde voriges Jahr von der Direktion mitgeteilt, daß anstatt der bisherigen 6 freigestellten Arbeiter für dieses Jahr nur noch 4 freigestellte in Frage kommen. Von den 6 Freigestellten gehörten der Organisation der Metallarbeiter an 2, der Fabrikarbeiter 2 und der Bauarbeiter 1. Der Vertreter der Bauarbeiter hatte seit dem Bestehen des BAW, und nach den Bestimmungen desselben den Arbeiterschutz mit zu übernehmen. Diesen Posten verwaltete seit 3 Jahren zur Zufriedenheit sämtlicher in der Anilinfabrik beschäftigten Bauarbeiter und der übrigen Arbeiter unser Kamerad J. Agne, der, nebenbei bemerkt, lange Jahre der Bauarbeiter-schutzkommission in Ludwigshafen angehörte.

Bei Aufstellung der Liste für die Arbeiterratswahlen kam Kamerad Agne wieder an die dritte Stelle, damit er weiterhin ungehindert seine Tätigkeit für den Arbeiterschutz ausüben konnte. Wer nun glaube, daß, wie sonst üblich, die Mitglieder des Betriebsausschusses nach der gewählten Reihenfolge der Liste bestellt werden, der mußte sich hier getäuscht sehen. Hatte man sich vorher bei der Aufstellung der Liste gestritten und geeinigt, so wurde nach der Wahl des Arbeiterrates mit allen, nur nicht gewerkschaftlichen

Mitteln um die Befehung des Betriebsausschusses nochmals gestritten. Der Ehrgeiz einzelner Personen verdingt sich sogar soweit, gegen Mitglieder des bisherigen Betriebsausschusses mit persönlichen und familiären Vorurteilen zu arbeiten, um sie von ihrer freigestellten Tätigkeit auszuschließen. Leider waren auch Gewerkschaften vorhanden, die diesen persönlichen Treibereien Rechnung trugen. So kam es, daß ohne Wissen der Bauarbeiter mit Hilfe von Gewerkschaftsvertretern nicht das sachliche Moment, sondern persönliche Verdächtigung erfahrene Vertreter von diesem wichtigen Posten verdrängte. Nicht ein Grund konnte angegeben werden, der das Beiseiteschieben gerechtfertigt hätte. Die Vorgänge bei der diesjährigen Wahl des Betriebsausschusses in der Antlinsfabrik haben für die Bauarbeiter gezeigt, daß sie mehr als bisher auf dem Posten sein müssen, wenn sie, die so oft aus beruflichem Munde als Sturmtruppen der Gewerkschaften bezeichnet werden, ihre ganze Kraft zur Geltung bringen wollen. Deshalb, Kameraden, fort mit der Bescheidenheit!

Genossenschaftsbewegung.

Der Genossenschaftstag in München. Mitte Juni fand in München eine zahlreich besuchte Genossenschaftstagung statt. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine hatten ihre Generalversammlungen. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen, daß im Zeitalter der furchtbaren Wirtschaftskrise der vorstehende Zentralverbandes, Heinrich Kaufmann, Hamburg, mitteilen konnte, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung das gefundeste Glied der deutschen Wirtschaft sei. Gemäß dieser Wertschätzung waren auch die Verhandlungen der Genossenschaftstagung auf einer bemerkenswerten Höhe. Das Problem der Konsumgenossenschaften wurde durch gründliche Referate von allen Seiten beleuchtet und zahlreiche neue Anregungen gegeben. Wir müssen auf den ausführlichen Bericht von dieser Tagung verweisen. Es lohnt sich, ihn zu studieren. Wenn ringsherum in dem Gestir der Wirtschaft Zweig um Zweig zu Boden sinkt, dann ist es ein erhebendes Gefühl, den zukünftigen Zweig einer sozialistischen Warenproduktion, die Genossenschaften, in vollster Blüte vor sich zu sehen. Zu erwähnen wäre noch, daß die Genossenschaftstagung die Entschließung des Breslauer Gewerkschafts-Kongresses mit einer Entschließung erwiderte, die die gemeinsamen Interessen dieser beiden großen Arme der Arbeiterbewegung feststellt. Ferner forderte der Genossenschaftstag, daß das Gefrierfleischkontingent wesentlich erweitert wird. Der Genossenschaftstag in München gestaltete sich zu einer großen Propaganda für die Genossenschaften, und es ist nur zu wünschen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Bewegung mit allen Kräften unterstützen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Freiwillige Krankenversicherung. Jede Krankenkasse hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, neben den pflichtversicherten Kassenmitgliedern, deren Art und Umfang durch die Reichsversicherungsordnung und die Satzung der Krankenkasse vorgeschrieben ist, unter bestimmten Voraussetzungen sogenannte „freiwillige“ Mitglieder aufzunehmen. Diese Kategorie von Mitgliedern zerfällt in zwei Arten. Man unterscheidet „Weiterversicherung“ und „Versicherungsberechtigung“. Freiwillig weiterversichern kann sich nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung (§ 813) jedes Kassenmitglied, das im letzten Jahre vor Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen gegen Krankheit versichert war. Die Anmeldung zur Weiterversicherung ist innerhalb 3 Wochen nach dem Erlöschen der Pflichtversicherung zu bewirken. Wird diese Anmeldefrist nicht eingehalten, so kann das Mitglied sich nicht weiterversichern; auch darf die Kasse es nicht aufnehmen. Selbstverständlich darf die Weiterversicherung nur bei der Krankenkasse beantragt und auch durchgeführt werden, bei der die letzte Pflichtmitgliedschaft bestanden hat. Eine Erleichterung für die Versicherten ist die, daß die nachzuweisenden 26 Wochen Mitgliedschaft nicht bei einer Kasse zu sein brauchen. Das Mitglied kann auch hintereinander bei verschiedenen Kassen beschäftigt gewesen sein; die Hauptsache ist, daß im letzten Jahre 26 Wochen Mitgliedschaft nachgewiesen werden. Die Weiterversicherung kann in der früheren Lohnstufe erfolgen. Durch die Kassenzahlung kann jedoch den Weiterversicherern das Recht eingeräumt werden, einige Lohnstufen niedriger zu gehen. Ebenso können sich Kassenmitglieder im Anschluß an von der Kasse bezogene Leistungen weiterversichern. Dies kommt namentlich dann in Frage und ist in den Fällen empfehlenswert, in denen der Versicherte „ausgesteuert“ ist, das heißt, wenn er für die in der Kassenzahlung vorgesehene längere Krankenkasse erhalten hat. Das Mitglied hat dann wohl vorläufig für die Krankheit, wegen der es ausgesteuert ist, keinen Anspruch an die Kasse mehr, aber für alle sonstigen anders gearteten Krankheiten und Unterstützungsfälle. Es kann jedem ausgesteuerten Kassenmitglied nur ans Herz gelegt werden, von dem Rechte der freiwilligen Weiterversicherung Gebrauch zu machen. Auch für Erwerbslose, die ja für die Zeit, in der sie Erwerbslosenunterstützung beziehen, bei der Kasse versichert sind, empfiehlt sich eine Weiterversicherung nach Ablauf der Unterstützungsbauer.

Das Recht, der Kasse als „berechtigte“ Mitglieder beizutreten, haben nach § 176 der Reichsversicherungsordnung alle versicherungsfreien Beschäftigten, Familienangehörige der Arbeitgeber, die ohne Entgelt im Betriebe mit tätig sind, Gewerbetreibende, die höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen und Angehörige der sogenannten freien Berufe. Voraussetzung für die Versicherungsberechtigung ist, daß das Einkommen dieser Personen den vom Reichsarbeitsminister festgesetzten Betrag nicht übersteigt. Die Satzung der Krankenkasse kann das Recht zum Beitritt dieser Personen von der Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses abhängig machen. Auch kann die Kasse den sich Melbenden auf ihre Kosten untersuchen lassen. Für eine Krankheit, die beim Eintritt bereits besteht, hat das Mitglied keinen Anspruch auf irgendwelche Leistungen. Die von den so beitretenden Mitgliedern zu zahlenden Beiträge richten sich ganz

nach der Klasse, in der sie zahlen wollen. Meist ist von der Kasse für bestimmte Personengruppen eine Lohnklasse nach unten vorgeschrieben. Sehr wichtig für freiwillige Mitglieder ist die Bestimmung des § 813 a der Reichsversicherungsordnung. Die Kasse kann den Weiterversicherten und auch den Versicherungsberechtigten auch ohne seine Zustimmung in eine höhere Lohnklasse versetzen, wenn die bisherige Lohnklasse in einem argen Mißverhältnis zu seinem Einkommen steht. Die Ansprüche, die beide Arten von freiwilligen Mitgliedern an die Leistungen der Kasse haben, sind dieselben wie die der Pflichtversicherten. Unter gewissen Voraussetzungen kann die Kassenzahlung bestimmen, daß die Leistungspflicht für die Versicherungsberechtigten erst nach einer gewissen Wartezeit eintritt. Der Pflichtentzweig der freiwilligen Mitglieder ist aber größer als der der Pflichtmitglieder. Die freiwilligen Mitglieder müssen bei den meisten Krankenkassen die Beiträge am Kassenschalter einzahlen. Sie werden nicht abgeholt. Die Mitgliedschaft jedes Versicherungsberechtigten und freiwilligen Mitgliedes erlischt, wenn die Beiträge länger als zwei Zahltage im Rückstand sind. Meist haben die Krankenkassen monatliche Beitragszahlung, so daß die Beiträge in diesen Fällen nicht länger als zwei Monate im Rückstand sein dürfen. Zu beachten ist auch, daß bei Beitragsrückstand die Kasse nicht verpflichtet ist, vor der Streichung aus den Mitgliederlisten dem Mitglied irgendwelche Nachricht zukommen zu lassen. Es empfiehlt sich daher immer, die Beiträge rechtzeitig und im voraus zu entrichten. Wird ein Mitglied getriggen, so sind die Beiträge selbstverständlich bis zu dem Tage fortzuzahlen, an dem die Streichung erfolgt. Die Kasse kann die Beiträge auch für freiwillige Mitglieder zwangsweise Beitreiben lassen. Allen freiwilligen Mitgliedern, die infolge wirtschaftlicher Notlage nicht in der Lage sind, ihre Beiträge zu leisten, ist zu empfehlen, die Versicherung nicht fallen zu lassen, da ja eine spätere Wiederaufnahme an oft nicht leicht zu erfüllende Bedingungen geknüpft ist. Es ist diesen Mitgliedern zu raten, sich die Beiträge vom Wohlfahrtsamt bezahlen zu lassen. Die Wohlfahrtsämter bewilligen derartige Gesuche meist.

Es gibt eine ganze Reihe Personen, die freiwillige Mitglieder einer Ortskrankenkasse sind und durch Verzug nicht mehr am Sitz der Kasse wohnen. Für diese Mitglieder ergeben sich dadurch Unannehmlichkeiten. Sie müssen die Beiträge durch die Post an die Kasse einzahlen usw. Diesen Mitgliedern liegt meist viel daran, sich bei der Kasse ihres Wohnortes versichern zu können. Die Kasse kann aber nicht gezwungen werden, diese Mitglieder aufzunehmen. Diese so überaus wichtige Frage ist gesetzlich noch nicht geregelt. Die Verbände der Krankenkassen haben deshalb, um diesem Uebelstand abzuhelfen, verschiedentlich untereinander Abkommen über den „Austausch freiwilliger Kassenmitglieder“ getroffen und tauschen auf Grund derselben unter gewissen Voraussetzungen die nicht im Kassenbezirk wohnenden freiwilligen Mitglieder untereinander aus. Freiwillige Kassenmitglieder, denen an einer Ueberschreibung an die Kasse ihres Wohnortes liegt, können einen diesbezüglichen Antrag bei der Kasse stellen, der sie als Mitglied angeht. Diesem Antrag wird in den meisten Fällen stattgegeben werden.

Kl.—s.

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. 3. Jahrgang, Heft 6, 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M. Ein einheitliches Arbeitsrecht bedingt, daß auch der Aufbau von Arbeitsbehörden nach einem einheitlichen Plan erfolgt. Clemens Röpke behandelt diesen außerordentlich wichtigen Fragenkomplex in einem Aufsatz „Arbeitsbehörden“ und entwickelt nach einer klaren Uebersicht über den bisherigen Stand der Dinge einen Plan für einen einheitlichen Aufbau der Arbeitsbehörden. Zur „Organisation der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit“ macht der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule, Fritz Friede, mit großer Sachkunde eine Reihe von positiven Vorschlägen. Das vor kurzem erschienene Buch „Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer“ findet in einem Aufsatz von Fritz Naphthali eine aufschlußreiche kritische Würdigung. Das Problem der „Auswanderung“ wird in umfassender Weise erörtert von einem der besten Sachkenner auf diesem Gebiete, Dr. Ernst Berger. Lothar Erdmann legt seine grundsätzlichen Betrachtungen „Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft“ fort. Otto Albrecht weist in einem Aufsatz „Reine Bodenbesteuerung“ auch in der Landwirtschaft für landwirtschaftliche Grundstücke beziehungsweise landwirtschaftliche Betriebe angewendet werden kann. Die Mundschau bringt außer einer Uebersicht über die „Ergebnisse der Arbeitswissenschaft“ insbesondere die „Sozialpolitische Chronik“ und eine reichhaltige Schriftenübersicht.

Der **Bücherkreis** hat als 2. Wert der Jahresreihe 1926 (7. Band) einen Roman der Zeit herausgebracht, **Kreuzer**, von Friedrich Wolf. Ein frischer, kräftiger Erdgeruch strömt aus den Seiten dieses Romans, in dem ein Stück Leben massen, eckig vor dem Leser aufgetürmt wird. Keine bloße naturalistische Wirklichkeitsphotographie, sondern eine Dichtung, in der Menschen, lebenswahr gestaltet und von urmächtigen Trieben vorwärts gepeitscht, in unserer bis in die letzten Tiefen aufgewühlten Zeit nach Erlösung ringen und ihre in dramatischen Konflikten gewonnene Erkenntnis nicht nur in Worte, sondern auch in Taten umzusetzen suchen. Mit diesem Wert hat der Bücherkreis die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein prächtiges Buch ergänzt. Die Ausstattung in Einband, Druck und Papier ist vorbildlich gut. Wie alle Bücherkreiswerke kann auch dieses wundervolle Buch nur derjenige erhalten, der Mitglied im Bücherkreis ist. Wegen Ausstufung und Aufnahme wende man sich an die Zahlstellen (Wohlbuchhandlungen), oder wo an Orte eine solche nicht vorhanden ist, direkt an: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Die **Einheit der Arbeiterklasse**. Bericht über das Organisationsproblem, erstattet der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom Sekretariat der S. A. I. Herausgegeben vom Vorstand der S. P. D. Verlag J. G. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68. Preis 40 S.

Führer und Masse in der Demokratie. Von Curt Geyer. Verlag J. G. W. Dieck Nachf. Berlin. Preis 2,60 M. Das Buch ist allen, die sich mit Republik und Demokratie bluthaft verbunden fühlen, ein großes Geschenk und eine starke Zueicherung. Es gibt Mut, wieder an unsere politische Aufgabe, an unsere demokratische Zukunft zu glauben und mit Herz und Hirn für sie zu arbeiten. Es ist ein Lehrbuch demokratischer Politik und Erziehung, wie wir es besser kaum denken können.

Feiern und Feiertunden freientender Menschen. Ein Leitfadens zur Abhaltung und Gestaltung von Feiern und Veranstaltungen für alle in Frage kommenden Gelegenheiten, bearbeitet von Theo Mayer, Leipzig. Nebst einem Anhang gesammelter Gedichte, Lieber und Sprechere. — Freientender-Verlag G. m. b. H., Leipzig-Vi., Köbner Str. 15 (8°, 91 S.). Gut haltbar kart. 1,20 M. In Ganzleinen 2 M.

Thron und Altar ohne Schminke. Von Hans Otto Genel. Vergessene Historien und Hiftörcchen von Pfaffen, Fürsten und Mätressen. Mit zeitgenössischen Illustrationen (192 S.). Freientender-Verlag G. m. b. H., Leipzig-Bindenau, Köbner Straße 15. Kartontiert 1,50 M., solid in Halbkleinen gebunden 2 M.

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 5. Juli:

Ausbach i. Bayern: Gleich nach Feierabend im Gasthaus „Zum Tiger“. — **Hof:** Gleich nach Feierabend im „Bamberger Hof“.

Dienstag, den 6. Juli:

Bitterfeld: Nachmittags 5 Uhr im „Bürgergarten“. — **Dortmund:** Abends 7 Uhr Polierführung bei Bogell, Münsterstraße 2. — **Düsseldorf:** Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Fliegerstraße. — **Halberstadt:** Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße. — **Jehoe:** Abends 8 Uhr bei Sarau, Sandtühle 8. — **Kiel:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Sommerfeld:** Gleich nach Feierabend bei Martini, Burgstraße. — **Spremberg:** Bei Tümmel, Portenstraße. — **Stolz i. P.:** Abends 6½ Uhr bei Stelpmann. — **Wiltzer:** Abends 7½ Uhr bei H. Feldmann. — **Wittenberg:** Nachmittags 5 Uhr bei Ziegler, Töpferstraße.

Mittwoch, den 7. Juli:

Essen, Bezirk Bottrop: Abends 6 Uhr im Volkshaus, Gladbecker Straße. — **Guben:** Nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lange Straße. — **Magdeburg i. Pommeren:** Abends 8 Uhr bei Bäckermeister Habrecht. — **Weiskensfeld:** Gleich nach Feierabend im „Picheltsteiner Krug“.

Freitag, den 9. Juli:

Dortmund, Bezirk Mengede: Abends 7 Uhr bei Wiemann, Annenstraße. — **Gelsenkirchen, Bezirk Wattenscheid:** Abends 7 Uhr bei Becker, Wattenscheid, Hochstraße. — **Schwerin:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Waderstraße. — **Trier:** Abends 5½ Uhr bei Meyer, Am Hauptmarkt.

Sonntag, den 10. Juli:

Dülz: Abends 7 Uhr bei Gastwirt Otto Schmidt. — **Dortmund, Bezirk Hörde:** Abends 7 Uhr im Lokal Reimann, Bennighoffstraße. — **Lützen:** Abends 8 Uhr im „Bürgergarten“. — **Waren:** Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“.

Sonntag, den 11. Juli:

Eggenfelden: Vormittags 9½ Uhr im Gasthaus Jagental, Stadtplatz. — **Essen:** Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kastanienallee. — **Damm i. W.:** Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Feldstraße. — **Yndau i. B.:** Vormittags 10 Uhr in Monastatt, Gasthaus „Zur Linde“. — **Neuß:** Vormittags 10 Uhr bei Höfel, Fuhrstraße.

Sterbetafel.

Barmen-Eberfeld. Am 1. Pfingsttage erkrankt im Rhein durch Kentern des Bootes unser Kamerad **Heinrich Behlo** im 25. Lebensjahr. Die Leiche landete 8 Tage später bei Rheinhausen.
Braunschweig, Bezirk Wolfenbüttel. Am 16. Juni starb an Magenkrebs unser Kamerad **Louis Vos** im Alter von 55 Jahren.
Jena. Am 19. Juni starb unser lieber Kamerad und Mitgründer unserer Zahlstelle **Albert Altwain** im Alter von 72 Jahren an Lungen- und Brustfellentzündung.
Rönigschütte. Am 12. Juni verstarb unser Kamerad **Franz Markowski** im Alter von 58 Jahren.
Stettin. Am 16. Juni starb unser Kamerad **Herbert Boldt** im jugendlichen Alter von 18 Jahren an Mittelohrentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Hamburg und Umgegend.

Am **Sonntag, 11. Juli**, findet im „Klein-Flottbeker Park“ ein **Sommerversnügen**

unserer Zahlstelle statt. Abmarsch mit Musik und Fahne nachmittags 2 Uhr von Altona, Hauptbahnhof, Ausgang Westseite beim Bismarckbad. Ab 3 Uhr Großes Gartenkonzert, Tombola, Preisstegeln und Tanz. Eintritt zum Garten und Konzert pro Person 30 S., für Saal und Tanz 60 S. Arbeitslose und Lehrlinge frei. Sehr bequeme Bahnverbindung mit der Vorortbahn bis Groß-Flottbek—Othmarschen oder Klein-Flottbek, Straßenbahn Linie 4 bis Endstation und Autobus Altona-Nathaus—Blantensee. Um recht rege Beteiligung eruchtet

[12.—M.] **Der Festausschuß.**

Achtung! Zimmerer **Adolf Metzger** und **Fritz Metzger**, sendet Eure Adresse sofort an Euren Vater **Adolf Metzger** Martinsdorf, Kreis Sensburg i. Ostpr. [8,75 M.]